

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlag: Auer Verlag, Leipzig  
Eingetragen: 1900  
Eigentümer: Auer Verlag, Leipzig

Abdruckpreis: Die Abdruckpreise sind nach dem Abdruck zu berechnen.  
Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Abdruck zu berechnen.

enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 163

Sonnabend, den 15. Juli 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Wie verlautet, will der Reichskanzler dem Reichspräsidenten nach dessen Rückkehr eine Umbildung des Kabinetts vorschlagen.

Der Deutsche Allgemeine Zeitung ist der Vertrag für die Juli-Reparationsleistung in Höhe von 32107397 Goldmark an die Reparationskommission abgelehnt worden.

Am Sonntag wird das Garantiekomitee in Paris ankommen. Vom Dienstag ab wird die Reparationskommission mit dem Garantiekomitee verhandeln und dessen Bericht durcharbeiten.

Im Zusammenhang mit dem in ganz Frankreich gefeierten Nationalfest wurde gestern in Straßburg ein Standbild der Marcellaine enthüllt.

Die Londoner Blätter melden, in Coct sei von den Irregulären die Republik proklamiert worden. Man glaubt, daß sich Debaters dort befinden.

### Reichstagsferien.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter)

Bei allen Meinungsverschiedenheiten gibt es gegenwärtig im Deutschen Reichstag doch wenigstens eine Frage, über die von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken reifliche Übereinstimmung herrscht: die Sommerferien so bald als möglich beginnen zu lassen. Wer die Arbeit der Parlamentarier aus nächster Nähe verfolgt, und wer insbesondere die nervenaufreibende Tätigkeit der letzten Wochen miterlebt hat, der wird den dringlichen Wunsch nach Erholung begreiflich finden. Dies um so mehr, als ja seit Jahren der Reichstag eigentlich immer in Permanenz verammelt ist. Über die begreifliche Ferienlust der Abgeordneten hat im gegenwärtigen Augenblick politischer Hochspannung auch noch besondere Bedeutung: sie führt über manche Schwierigkeiten leichter fort, als wenn der Reichstag nach viel Zeit zu Beratungen vor sich hätte. Man ist nicht so verlesen auf Austragung jeder noch so kleinen Meinungsverschiedenheit, wenn man die Stoffe schon gepakt und den Fahrplan studiert hat, um in die Ferien zu fahren. Optimisten glauben, daß mit Jubiläum des Sonntags die Ferien schon am Sonntag Abend beginnen könnten. Wahrscheinlich wird es aber wohl Dienstag oder Mittwoch nächster Woche werden.

Bisher schreien die gesetzgeberischen Arbeiten verhältnismäßig schnell und reibungslos vorwärts. Das Gesetz zum Schutz der Republik ist in zweiter Lesung im Plenum durchberaten, das Amnestiegesetz ist gleichfalls gegen die Stimmen der Rechten in zweiter Lesung angenommen, der Gesetzesentwurf über die Reichskriminalpolizei hat den Reichsrat bereits durchlaufen und das Beamtendisziplinargesetz ist vom Rechtsausschuß für die zweite Lesung im Plenum fertiggestellt. Bei einigem gutem Willen könnte man also in der Tat am Sonntag Abend fertig werden, zumal wenn man die Sitzungen etwas ausdehnte. Aber es liegen noch zu viel Steine auf dem Wege zum Ferienziel. Zwei sind die Meinungsverschiedenheiten, die die zweite Lesung des Schutzes offen gelassen hat, in einer interfraktionellen Beratung der drei Regierungsparteien weitgehend ausgeglichen worden. Dabei haben auch die hauptsächlichsten Wünsche der beiden Fraktionen die Berücksichtigung gefunden. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit bei der dritten Lesung würde danach gesichert sein. Aber es ist noch fraglich, ob die Sozialdemokraten von ihrem Wunsch abgehen, die Verabschiedung des Schutzes mit den übrigen Gesetzen zu verkoppeln. Sie möchten das Druckmittel, das eine gleichzeitige Verabschiedung aller vier Gesetze bedeutet, nicht aus der Hand geben. Dazu kommen noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Behandlung des Reichskriminalpolizeigesetzes, die nicht schnell behoben werden können, wenn das Gesetz noch vor den Ferien verabschiedet werden soll. Man erwägt deshalb seine Überweisung an einen Ausschuß und damit Hin- und Herbewegung dieser Materie auf den Herbst.

Aber die stärkste Verzögerung scheint immer noch der Streit um die Koalitionserweiterung hervorzurufen. Hier ist in den letzten Stunden nur eine teilweise Klärung erzielt. Das Zentrum hat nämlich mit größter Bestimmtheit erklärt, daß es auf keinen Fall eine einseitige Erweiterung der Koalition und der Reichsregierung nach links annehmen wird; auch dann nicht, wenn sie auf indirektem Wege, d. h. also durch eine einseitige Aktion des Reichskanzlers durch Ernennung unabhängiger Minister herbeigeführt werden

sollte. Diese bestimmte Ankündigung ist um so beachtlicher, als die Zentrumspartei sonst ihre Karten erst im allerletzten Augenblick aufzudecken pflegt. Man wird kaum annehmen können, daß der Reichskanzler einer derartigen Erklärung seiner eigenen Partei gegenüber nun noch versuchen sollte, die Krise von sich aus einseitig zu lösen. Es ist vielmehr zu vermuten, daß vor Abgabe der Erklärung Dr. Wirth sein Einverständnis mit ihr zu erkennen gegeben hat. Da auch die Demokratische Reichstagsfraktion einmütig gegen eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links hin Stellung genommen hat, so bleibt für den Augenblick nur das eine Entweder — Oder Verzicht auf augenblickliche Milderung der Koalition oder Reichstagsauflösung. Die unabsehbaren Folgen einer Reichstagsauflösung sind in den letzten Tagen so oft und von allen Seiten geschildert worden, daß man jetzt kein Wort mehr über sie zu verlieren braucht. Es bleibt also dann nur das unveränderte Fortbestehen der bisherigen Koalition und die Vertagung der Erweiterung auf spätere günstigere Zeiten übrig.

Natürlich würde das einen Verzicht der Sozialdemokratie auf ihren dringenden Wunsch sofortiger Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung bedeuten. Daß ihr das sehr schwer fällt, ist begreiflich. Sehr argentin hält deshalb der Vorstand des Zentrums und den Demokraten folgende Fragen vor: Was erwartet man von einem Ausschließen der Sozialdemokratie aus der Regierung in diesem Augenblick? Festigung der Republik? Stärkung des Staatgedankens in den Arbeitermassen? Verbesserung unserer Lage dem Ausland gegenüber? Steigen den Markt? Beruhigung des Wirtschaftslebens? Das sind sehr gewichtige und zur Stunde sehr berechtigte Fragen. Nur so late sie der Vorwärts nicht an die Adresse von Zentrum und Demokraten, sondern an die Adresse der eigenen sozialdemokratischen Fraktion richten. Sie ist es doch, die mit ihrem einseitigen Drängen erst den Konflikt heraufbeschworen und die hier aufgeworfenen Fragen verschuldet hat. Der Vorwärts versichert, daß diejenigen, die das Angebot beider sozialdemokratischer Parteien zu gemeinsamem positiven Schaffen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien zwecks Beschleunigung der Republik zurückgewiesen, die Verantwortung für alles, was daraus entstehen könne, niemals von sich abzuwälzen imstande wären. Aber genau dasselbe können die bürgerlichen Koalitionsparteien der Sozialdemokratie gegenüber sagen, denn sie weigert sich ja ebenfalls, die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien zum Schutz der Republik mit der Deutschen Volkspartei anzunehmen. Die Koalitionsparteien sind durchaus bereit, nach links und rechts gleichzeitig die Regierung zu erweitern. Das ist zweifellos ein wesentlich größeres Entgegenkommen. Die Koalitionsparteien werden dabei nicht aus blinder Sozialistenfurcht zu ihrer Haltung veranlaßt, sondern aus der unwiderlegbaren Besorgnis, daß durch einseitige Verstärkung der Regierung in sozialistischem Sinne eine unheilvolle Lage für die auswärtige Politik Deutschlands geschaffen wird. Wer das verschweigt und lediglich mit Verdächtigungen arbeitet, nützt vielleicht seiner Partei, aber zweifellos nicht seinem Volke und Vaterland.

### Das Weltproblem des internationalen Schuldenausgleichs

rückt in der öffentlichen Erörterung der Deutschland zu gewährenden Zahlungsstundung wieder in den Vordergrund. Man erhält immer mehr den Eindruck, daß der augenblickliche Widerstand Frankreichs gegen das Moratorium doch nur den Anfang eines Rückzugsgesetzes darstellt und daß selbst Hoover am Ende nicht ohne darüber sein wird, von der öffentlichen Meinung Frankreichs zu Konzessionen gezwungen zu werden. Denn nachgerade sieht man auch in Frankreich ein, daß der Zahlungsausschub Deutschland gewährt werden muß, wenn Frankreich nicht selbst zugrunde gehen will. Ebenso klar ist man sich aber auch darüber, daß mit dem Zahlungsausschub nichts getan ist, wenn ihm nicht bald eine internationale Anleihe folgt. Und so soll sogar die Reparationskommission bereit sein, eine neue Einladung zu einer Bankierkonferenz ergehen zu lassen. Allein es fragt sich sehr, ob die Finanzmagnaten diesmal zu einem anderen Beschluß kommen würden, wie das letzte Mal und ob die Voraussetzungen für eine Anleihe jetzt günstiger sind, als sie es im Mai waren. Eine dieser Voraussetzungen wird immer die Heiligkeit der deutschen außerlegten Schuldverpflichtungen bedeutend herabgesetzt werden müssen. Dies aber beginnt jetzt wieder den alten Streit, daß keine der Entente-regierungen damit den Anfang machen will. Die Vereinigten Staaten aber rühren auf heute noch keinen Finger, solange England und Frankreich nicht

unter sich einig sind. Solange England nicht der Aufforderung Cecils folgt und Frankreich seine Schulden erhöht, wenn dieses die deutsche Reparationssumme ernstlich herabsetzt, scheint eine Lösung noch in weitem Maße zu liegen. Vielleicht aber bedürfte es nur dieses heroischen Entschlusses Englands, um die Vereinigten Staaten zu derselben großmütigen Handlungswelt gegenüber England zu veranlassen.

### Das Gutachten des Garantiekomitees.

Ueber den augenblicklichen Stand der Arbeiten des Garantiekomitees und den Inhalt des Gutachtens, das das Komitee am Montag in Paris überreichen wird, werden von bestunterrichteter Seite folgende Angaben gemacht: Die drei Kommissionen, die das Komitee gebildet hat, um die verschiedenen Fragen zu studieren, haben ihre Arbeiten abgeschlossen und ihre Berichte (s. u.) bereits fertiggestellt und dem Plenum des Komitees überreicht worden. Von den Berichten beansprucht besonderes Interesse der Bericht der Kommission, die sich mit der Frage der

**Kapitalflucht**  
zu befassen hatte. Die Verhandlungen in dieser Frage sind mit der deutschen Regierung in der Weise geführt worden, daß die Kommission von der Reichsregierung einen Plan erhalten hat, wie sie die Kapitalflucht zu bekämpfen beabsichtigt und nach Entwicklung des Planes ihrerseits Bedenken und Vorschläge erhoben wurden. Der zusammenfassende Bericht des Garantiekomitees wird besonders ein Gutachten über die Frage abzugeben haben, ob die deutsche Regierung guten Willen an dem

**Problem der finanziellen Gesundung Deutschlands** gezeigt hat. Man kann bereits heute versichern, obwohl der zusammenfassende Bericht noch nicht revidiert ist, daß das Komitee in seiner Gesamtheit in dieser Frage den besten Willen der deutschen Regierung feststellen wird. Der Bericht wird alsdann die

**Garantien** aufzählen, die für eine spätere Zahlungsfähigkeit Deutschlands gegeben erscheinen oder für die nach Meinung des Komitees Vorzuzug zu treffen ist. Eine gutachtliche Äußerung darüber, ob Deutschland ein Moratorium genährt werden soll und wie die Einzelheiten dieses Moratoriums beschaffen sein sollen, wird das Garantiekomitee nicht abgeben, da diese Frage nicht zu seinem Arbeitsfeld gehört und das Gutachten sozusagen nur auf dem von der Reparationskommission bezeichneten Gebiet ad referendum gegeben wird. Man erwartet jedoch in den Kreisen des Garantiekomitees, daß das Gutachten, besonders weil es den besten Willen der deutschen Regierung feststellt, bei der Reparationskommission die Gewährung eines Moratoriums wesentlich fördern wird. Am Sonntag begibt sich das Garantiekomitee zurück und wird erst am Montag das Gutachten überreichen.

### Vor einer Kohlenkatastrophe?

W. W. In diesen Tagen entscheidet es sich, ob wir zu allen innerpolitischen Erregungen, zu der Feuerung und der neu verschärften Reparationskrise auch noch einen schweren Kohlenkatastrophe entgegenreihen werden. Reichsarbeitsminister Dr. Staun hat den letzten Bericht gemacht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Es geht diesmal nicht um die Frage der Ueberschichten, auch nicht eigentlich um die Höhe der Löhne, sondern um die Termine der Lohnauszahlungen, um die Bemessung der Deputatkollektiven und um die dem Betriebsrat zu erteilenden Befugnisse. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die innerpolitische Erregung der letzten Wochen die Hauptschuld an der Juli-Krise der Gegenseite trägt, und daß die radikalen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften (des sog. alten Bergarbeiterverbandes) die Gelegenheit zu einer großen Aktion gekommen sehen. Wer die Dinge unbereinigten prägt, muß alles daran setzen, einen großen Streik im Ruhrkohlenbergbau zu vermeiden.

Die statistischen Zahlen der letzten Zeit reden eine eindrucksvolle Sprache: Noch im März betrug die tägliche Förderleistung im Ruhrgebiet 332 000 Tonnen. Schon damals war die Produktion im Hinblick auf den deutschen Bedarf und die zu erfüllenden Kohlenverpflichtungen unzureichend. Inzwischen ist der den Polen zugesprochene Teil Oberschlesiens unserem stillen Nachbarn endgültig übereignet worden. Die tägliche Kohlenförderung des Ruhrgebietes hat dagegen eine Abnahme um volle 85 000 Tonnen erfahren und betrug im Juni nur 297 000 Tonnen. Im Juli hat sie sich nicht einmal auf diesem Stand zu halten vermocht. Die Ver-